

## INHALT

- ⇒ **vlw wendet sich vehement gegen Einschnitte zu Lasten der Lehrkräfte und fordert die Stärkung berufsbildender Schulen**
- ⇒ **Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen in den BBS RLP vorgestellt**
- ⇒ **OV Koblenz: Neuer Vorstand gewählt**
- ⇒ **Fortbildungen Mathematik**
- ⇒ **dbb Rheinland-Pfalz gegen angekündigte Einschnitte im öffentlichen Dienst**
- ⇒ **Richtlinie zur Schullaufbahnberatung – vlw fordert Ressourcen für die BBS**

### Veranstaltungen des vlw:

#### Erfahrungsaustausch für die Höhere Berufsfachschule

Am **1. September 2011** beabsichtigt der vlw einen **Erfahrungsaustausch für die Höhere Berufsfachschule** an der Berufsbildenden Schule Bingen anzubieten.

Inhaltliche Schwerpunkte an diesem Tag könnten unter anderem sein: Prüfungsorganisation, Fachhochschulreife/Qualifizierungspass, berufsbezogener Unterricht allgemein, Praktikum, Projektmanagement.

#### Personalräteschulung Ende August 2011

Der vlw lädt die örtlichen Personalräte am **23.08.2011 (in Kaiserslautern)** und **25.08.2011 (in Welling)** zu jeweils einer eintägigen Fortbildungsveranstaltung ein.

Themen sind unter anderem die „**Einführung in das PES-Portal (Aufbau und Funktionsweise) am Beispiel einer Modellschule**“ und relevante Änderungen im **novellierten Landespersonalvertretungsgesetz**. Darüber hinaus wird über aktuelle Themen und Fragen informiert.

### Klausurtagung des Landesvorstandes



Am 01. und 02. April 2011 tagte der vlw-Landesvorstand in Gerolstein. Im Rahmen der Tagung wurden künftige Ziele und Aktivitäten des Landesverbandes vereinbart.

Der Landesvorsitzende **Karl-Heinz Fuß** verabschiedete **Gernot Kormann** mit Worten der Anerkennung und des Dankes für das langjährige Engagement aus dem Landesvorstand. **Gernot Kormann**, der zum Ende des Schuljahres in Pension geht, trat 1991 als Schriftleiter der Wirtschaftsschule in den Landesvorstand ein. Seit dem Jahr 1998 war er in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender des Bezirksverbandes Koblenz bis Ende März 2011 Mitglied des vlw-Landesvorstandes. Ab 2004 war er als Vertreter des vlw-Landesverbandes Rheinland-Pfalz auch Mitglied im Bundesausschuss „Recht und Besoldung“. Zeitweise betreute er zusätzlich den vlw-Geschäftsbereich „Recht und Besoldung“ in kommissarischer Funktion.



### KURZ UND AKTUELL

- ⇒ **Neue Landesregierung startet wie gehabt—Einsparungen im Öffentlichen Dienst.**
- ⇒ **Schulen werden drangsaliert—Druck vom Ministerium wg. Vertretungsunterricht.**
- ⇒ **Praktikantenschwemme und Reform der Reform: Vorbereitungsdienst erst auf 15 Monate verkürzt, nun auf 18 Monate verlängert.**
- ⇒ **Landesregierung prognostiziert Rückgang der Schülerzahlen—aber kaum Nutzung des demographischen Wandels für eine Steigerung der Unterrichtsqualität.**
- ⇒ **Schulbuchausleihe: Ministerium sieht kaum Probleme, Schulen beklagen hohen Verwaltungsaufwand.**

25. Mai 2011 – vlw zur Regierungserklärung von



Ministerpräsident Kurt Beck:

**vlw wendet sich vehement gegen Einschnitte zu Lasten der Lehrkräfte und fordert die Stärkung berufsbildender Schulen**

Der vlw-Rheinland-Pfalz zeigt sich empört über die geplanten Sparmaßnahmen, die von der neuen Landesregierung angekündigt wurden. Wieder einmal sollen die Beschäftigten an unseren Schulen für die klamme Haushaltslage herhalten und Einschnitte bei der Besoldungsentwicklung, Familienzuschlägen, Beihilfeleistungen und Reisekosten hinnehmen. Selbst die Zuschüsse zu den vermögenswirksamen Leistungen sollen auf den Prüfstand. Wie skrupellos muss eine Landesregierung sein, dass sie in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs beim Personal den Rotstift derart radikal ansetzt. Vielmehr sollten die Verantwortlichen zukunftsorientiert denken, denn unser Land braucht weiterhin einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Lehrkräfte für unsere berufsbildenden Schulen können nur mit attraktiven Gehältern und Rahmenbedingungen gewonnen werden. Junge Menschen, die sich für unseren Beruf entscheiden, kann man nicht allein mit weichen Faktoren wie Arbeitsplatzsicherheit locken. Vielmehr wird Wertschätzung erwartet, die sich in angemessener Besoldung und adäquaten Rahmenbedingungen an unseren Schulen niederschlägt.

Tatsächlich ist aber zu befürchten, dass die erhofften Effekte der demographischen Rendite verpuffen. **Schülerinnen und Schüler, die heute unser berufliches Bildungssystem durchlaufen, sind unsere Zukunft!!!** Wir halten es für falsch, Lehrerstellen einzusparen. Was wir brauchen, sind zusätzliche Lehrkräfte, um den Unterrichtsausfall abzubauen und entsprechende Wahl- und Förderangebote vorhalten zu können. **Eine Reform der PauSe-Faktoren, damit sich durchgängig kleinere Klassen realisieren lassen, ist längst überfällig!!!**

Was nützt uns die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Erklärung zu einer Image-Kampagne für Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen, wenn auf der anderen Seite den berufsbildenden Schulen durch Erleichterungen zur Gründung von Gesamtschulen und durch flächendeckende Genehmigung von Fachoberschulen an den „Realschulen plus“ die Schüler abgegraben werden.

Berufliche Bildung ist als Nahtstelle zum Übergang in den Beruf unverzichtbar. Ohne entsprechende Angebote vor Ort wird es für die ansässige Wirtschaft schwer werden, Fachkräfte-Nachwuchs auszubilden bzw. zu gewinnen. **Der vlw fordert deshalb die konsequente Stärkung der beruflichen Bildung durch Maßnahmen zur Personalgewinnung und die Stärkung der berufsbildenden Schulen.**

## Quo vadis Berufsbildende Schulen – wohin führt der Weg?

### Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen in den BBS RLP vorgestellt

Und die Hoffnung stirbt zuletzt: Seit Jahren droht der „demographische Wandel“, und seit Jahren schleicht sie sich an: Die Drohung, dass es bald auch im Bereich der Berufsbildenden Schulen keine Arbeitsplätze für gut und teuer ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer geben könnte. Allerdings auch die Hoffnung darauf, den demographischen Wandel nutzen zu können für die Bildung kleinerer Klassen, eine bessere individuelle Förderung schwieriger Schülerinnen und Schüler, die Sicherung eines ausreichenden Bildungsangebotes auch in strukturell schwierigen oder ländlichen Regionen.

Die Schülerzahlen der Berufsbildenden Schulen werden auf der Basis des Übergangsverhaltens der Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen vorausberechnet. Der Zugang zu den berufsbildenden Schulen wird darüber hinaus in besonderer Weise von der Arbeitsmarkt- und Lehrstellensituation bestimmt. Vorausberechnungen sind daher bei diesen Schulen nicht mit der gleichen Sicherheit wie bei den allgemeinbildenden Schulen möglich. Für Rheinland-Pfalz kommt in diesem Jahr ein Faktor hinzu, dessen Auswirkungen noch gar nicht eingeschätzt werden können: Die Eröffnung eines neuen Bildungsganges der Berufsbildenden Schule an einer allgemeinbildenden Schule (es ist so, wie es klingt): Die „Fachoberschule an der Realschule plus“. Zu guter Letzt bedeutet die Rückgabe der Ansparstunde eine Größenordnung von – in diesem Jahr – zu besetzenden rund 177 Stellen. Vor diesem Hintergrund legte das Ministerium die folgende Prognose für die Schülerzahlen an den Berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 2011/12 vor:

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen des Landes Rheinland-Pfalz wird der Prognose zufolge von **119.579 (Schuljahr 10/11) auf rund 116.000 sinken (-3.579/ - 3%)**. Dies bedeutet einen Rückgang um **159 Klassen, 60 davon im Vollzeit- und 99 Klassen im Teilzeitbereich**.

In einer Mitteilung des „Deutschen Industrie- und Handelskammertages“ heißt es dagegen: „...Die April-Zahlen markieren einen fulminanten Start ins Ausbildungsjahr 2011...“. Bei den Industrie- und Handelskammern wurden bis Ende April 2011 in Westdeutschland **11% mehr Ausbildungsverträge** als im Vorjahr registriert.

Die Landesregierung hat die Hoffnungen auf eine Nutzung des „demographische Wandels“ ja schon erheblich gedämpft; bei einem Unterrichtsausfall von immerhin noch 5,9 % an den Berufsbildenden Schulen des Landes im Schuljahr 2010/11

kann man jedenfalls noch nicht von einer Umkehr des Trends sprechen. Und um Lösungen für die Bewältigung der Probleme der Unterrichtsversorgung in den ländlichen Regionen kommt die Ministerin nicht herum. Die Diskussionen in der Region Mainz-Bingen um die Zukunft der BBS Mainz II, der BBS Ingelheim und der BBS Bingen zeigen beispielhaft auf, wie schwierig sich dieser Prozess noch gestalten wird. Die Kolleginnen und Kollegen in den Berufsbildenden Schulen des Landes werden sich vernünftigen Lösungen nicht verschließen. Dies darf aber nicht zu einseitigen Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer führen, wie schon der Vergangenheit und leider wohl auch in der Zukunft.

Michael Lutz



### Ortsverband Koblenz: Neuer Vorstand gewählt

Auf seiner Mitgliederversammlung wählte der Ortsverband Koblenz neu: **Jürgen Kettner** wurde als Ortsverbandsvorsitzender bestätigt, als stellvertretende Vorsitzende wurden **Ilona Meuth-Bach** und **Jens Spornitz** bestimmt.

Der Bezirksvorsitzende **Kurt Flöck** stand zum Informationsaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung. Es wurde über aktuelle Entwicklungen, z. B. Flexibilisierung der Rückzahlung der Ansparstunde, Besoldungsentwicklung usw. gesprochen.

### Pädagogisches Landesinstitut: Fortbildungen Mathematik

Im Hauptpersonalrat wurde das Fortbildungsprogramm des Pädagogischen Landesinstituts (PL) für das kommende Schuljahr beraten. Als besonders bemerkenswerte Ankündigung wurde ein Weiterbildungskurs Mathematik genannt, der mit der Unterrichtserlaubnis für das Fach Mathematik abschließt. Das Angebot richtet sich an Kolleginnen und Kollegen, die daran interessiert sind, zusätzlich das Fach Mathematik zu unterrichten. „Dies ist eine gute Möglichkeit, die angespannte Unterrichtsversorgung im Bereich Mathematik zu verbessern und gleichzeitig die Einsatzmöglichkeiten für unsere Kolleginnen/Kollegen zu erweitern,“ so Karl-Heinz Fuß, Mitglied des HPR.

## **dbb Rheinland-Pfalz gegen angekündigte Einschnitte im öffentlichen Dienst**

Landesvorsitzende Lilli Lenz: "Plötzlich gelten gemachte Zusagen nicht mehr"

Der **dbb Rheinland-Pfalz** lehnt die von Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) und der designierten Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) angekündigten Einsparungen zu Lasten des Personals im öffentlichen Landesdienst entschieden ab. Die Gewerkschaft sieht ihre Befürchtungen bestätigt, wonach die sozial-ökologische Koalition ihren Sparwillen einfallslos und einseitig zu Lasten des öffentlichen Dienstes kanalisiert. Eigene Warnungen vor "Sparwut mit Rasenmähermethodik" im Zusammenhang mit der Landtagswahl betrachtet der Beamtenbund als berechtigt. Erneut weist die gewerkschaftliche Spitzenorganisation darauf hin, dass die Beamtinnen und Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ihren Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts schon längst erbracht haben. Über 40 Einschnitte seit 1997 haben sie bereits geschultert.

**Dbb**-Landeschefin Lilli Lenz kommentierte die Verlautbarungen um den Inhalt der Koalitionsvereinbarung am Abend des 02. Mai 2011 in Mainz: "Mit Spannung ist das Ende der Koalitionsverhandlungen erwartet worden, und was kommt heraus? Ein pauschaler Sparhammer unter dem Feigenblatt der Schuldenbremse - ohne vorherige Aufgabenkritik und zu Lasten der Beschäftigten. Erst macht die unverständliche Schleifung des Oberlandesgerichts Koblenz sowie einer von zwei Generalstaatsanwaltschaften die Runde. Und dann lassen die Koalitionäre eine weitere Katze aus dem Sack: Wie befürchtet, wird mal wieder der Schröpfkopf beim öffentlichen Dienst angesetzt. Der ohnehin angesichts ständig wachsender Aufgaben knappe Personalbestand soll weiter schrumpfen. Plötzlich wendet sich die SPD um 180 Grad und befürwortet außerdem einen späteren Ruhestandseintritt, obwohl sie das vor der Landtagswahl weit von sich wies. Kein Wunder, dass sich gerade ältere Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizbereich nun arg verschaukelt fühlen. Unsicherheit und demotivierende Zukunftsängste gehen schon verstärkt um. In Bezug auf den Landesdienst ein wirklich missglückter Start von Rot-Grün in Rheinland-Pfalz." Die Koalitionsparteien haben am Montag die Basis ihrer künftigen Regierungsarbeit vorgelegt und dabei Einsparungen beim Landespersonal angekündigt. Unter anderem ist eine Erhöhung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze der Beamtinnen und Beamten um zwei Jahre auf das vollendete 67. Lebensjahr geplant. Dabei gibt es im Landesdienst für Beamte die Möglichkeit, in Jahresschritten den Ruhestandseintritt auf Antrag bis zum 68. Geburtstag hinauszuschieben. Das erachtete die bisherige Landesregierung stets als ausreichende Maßnahme.

## **Richtlinie zur Schullaufbahnberatung – vlw fordert Ressourcen für die BBS**

Der **vlw** begrüßt ausdrücklich die zurzeit in der Anhörung befindliche Richtlinie zur Schullaufbahnberatung, denn sie erfüllt eine wesentliche Forderung des **vlw**, Schülerinnen und Schüler und deren Sorgeberechtigte rechtzeitig und ausführlich über die Möglichkeiten der beruflichen Bildung zu informieren. Erst dann, wenn die Möglichkeiten an unseren BBSn bei den Menschen bekannt sind, können die entsprechenden Schullaufbahnentscheidungen getroffen werden. Die Beratung, die ab der 8. Klasse systematisch durchzuführen ist, betrifft Schülerinnen und Schüler aller allgemeinbildenden Schularten, d.h. die Gymnasien genauso wie Förderschulen, Realschulen und Integrierte Gesamtschulen und auch die berufsbildenden Schulen.

Die Richtlinie manifestiert das Recht der Schülerinnen und Schüler auf umfassende Information. Nun geht es darum, diese mit Leben zu füllen. Die Schulen sind angehalten, Netzwerke zu bilden, so dass beispielsweise für jede allgemeinbildende Schule ein Ansprechpartner aus einer berufsbildenden Schule zur Verfügung steht. Um auf das umfassende Bildungsangebot an den BBSn aufmerksam zu machen, müssen wir die Gelegenheit bekommen, uns an den abgebenden Schulen vorzustellen und vor Ort zu informieren. Dies ist jedoch ein Kraftakt, den wir zusätzlich stemmen müssen. Einfach so nebenher lässt sich eine solche Aufgabe nicht erfüllen. Aufgrund der Komplexität des beruflichen Bildungssystems warnen wir davor, die Beratung allein von den Kolleginnen und Kollegen der abgebenden Schulen durchführen zu lassen. Vielmehr müssen die Schülerinnen und Schüler mit authentischen Informationen aus erster Hand versorgt werden. Aufgrund der Vielzahl abgebender Schulen geht dies jedoch nur, wenn unsere Schulen die entsprechenden Ressourcen für diese Aufgabe bekommen.

**Der vlw fordert deshalb Ressourcen für die berufsbildenden Schulen zur Schullaufbahnberatung an abgebenden Schulen.**

Dies ist einerseits erforderlich, um Nachteile im Konkurrenzgefüge zwischen der berufsbildenden Schule und den allgemeinbildenden Schulen zu kompensieren, andererseits aber noch wesentlich gewichtiger, um den Schülerinnen und Schülern sowie deren Sorgeberechtigten ein Optimum an Information und Beratung zukommen zu lassen.

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender—Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,  
67292 Kirchheimbolanden - [www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)—Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47,  
55411 Bingen ([MichaelLutz2@gmx.net](mailto:MichaelLutz2@gmx.net))

